

# WIR IN BERLIN

INFORMATIONEN DER THÜRINGER SPD-ABGEORDNETEN IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Für Thüringen in Berlin: die Bundestagsabgeordneten Iris Gleicke, Steffen-Claudio Lemme und Carsten Schneider (von links).

## DIE GESELLSCHAFT ZUSAMMENHALTEN

DIE SPD SETZT SICH DURCH: FÜNF MILLIARDEN EURO JÄHRLICH  
FÜR EIN SOZIALES DEUTSCHLAND

# DIE SPD ORGANISIERT DEN SOZIALEN ZUSAMMENHALT IN DEUTSCHLAND

Mit dem „Solidarprojekt“ sollen die Integrationsaufgaben besser bewältigt werden



Die SPD hat im Bund Entscheidendes für die Thüringerinnen und Thüringer durchgesetzt. Neben der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren, Milliardeninvestitionen in Kitas, Schulen und Universitäten und einer Verbesserung der Bedingungen in der Kranken- und Altenpflege ist hier vor allem der Mindestlohn zu nennen, der für rund 200.000 Menschen in Thüringen deutlich mehr Lohn bedeutet. Höhere Löhne führen zu höheren Renten. In diesem Jahr steigen die Altersrenten im Osten mit fast sechs Prozent deutlich stärker als im Westen.

Aber die große Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverhältnisse in unserem Land darf nicht weiter zu sozialer Spaltung führen. Deshalb hat die SPD mit ihrem „Solidarpakt“ in den laufenden Haushaltsberatungen darauf reagiert. Er soll

sich an alle richten: an die, die neu zu uns kommen, aber eben auch an die, die schon hier leben und für die oft genug trotz harter Arbeit am Ende des Monats nur wenig übrig bleibt. Das ist nicht nur eine Frage der Sozialpolitik. Es geht um Teilhabe, Chancengerechtigkeit und um den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. 20 Milliarden Euro mehr fließen bis 2020 in den sozialen Wohnungsbau, in die frühkindliche Bildung und in Maßnahmen der Integration und Arbeitsmarktförderung. Das hat die Sozialdemokratie durchgesetzt – gegen den Widerstand der zerstrittenen Unionsparteien.

Überall in Europa schwindet das Vertrauen der Menschen in die Problemlösungskompetenz der demokratischen Institutionen. Es ist die drängendste Aufgabe unserer Zeit, diesem Pessimismus eine glaubhafte und erstrebenswerte soziale Idee entgegenzusetzen. Dabei dürfen wir nicht der verbreiteten Illusion aufsitzen, dass der Weg zu einer freien, gerechten und solidarischen Welt mit nationalstaatlichen Scheuklappen gelingen könnte. Diese gefährliche Realitätsverkenning vollziehen bereits andere Parteien zur Genüge. Nationaler Populismus, der in Deutschland von der AfD bis hin zu Teilen der Linken bedient wird und in Ungarn oder Polen bereits die europäische Solidarität zerstört, kann im 21. Jahrhundert keine tragfähige Grundlage mehr sein, um eine bessere Zukunft für die nächsten Generationen zu erstreiten.

Die jüngsten Enthüllungen der so genannten „Panama Papers“ zeigen: Wir brauchen schärfere Gesetze gegen Steuerbetrug und die Möglichkeiten, Unternehmensbeteiligungen mit Hilfe von Briefkastenfirmen zu verschleiern. Um international operierende Konzerne in die Pflicht zu nehmen, ihre Steuern auch zu bezahlen, brauchen wir internationale Regelungen und schärfere Gesetze in der EU. Steuerbetrug und von Staaten wie Panama betriebene Steuervermeidung sind Betrug an der Gemeinschaft. Deshalb müssen wir dem unfairen Steuerwettbewerb ein Ende setzen und Steueroasen trockenlegen.

Der alte Kampf für eine soziale Demokratie ist längst nicht zu Ende. Aber er ist in der heutigen Zeit zu führen: europäisch, weltoffen und leidenschaftlich!

## INFOS ZUM SOLIDARPROJEKT

Mit dem Haushalt für 2017 werden die Weichen gestellt für ein neues Solidarprojekt für Deutschland. Fünf Milliarden Euro pro Jahr stehen bis 2020 bereit für Integration und den Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft:

- 2,2 Milliarden Euro für aktive Arbeitsmarktpolitik für Flüchtlinge und Langzeitarbeitslose in Deutschland,
- Verdreifachung der Mittel für Wohnungsbau und Städtebau um 800 Millionen auf 1,8 Milliarden Euro,
- in 2017 weitere 450 Millionen Euro und ab 2018 je 500 Millionen Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung und für Initiativen gegen Rechtsextremismus,
- eine Milliarde Euro für Sprachförderung und Integrationskurse,
- 180 Millionen Euro (jährlich aufwachsend) für eine Solidarrente, um Beschäftigten eine Mindestrente oberhalb der Sozialhilfe zu garantieren,
- Mittel für das Bundesteilhabegesetz zur besseren Unterstützung von Menschen mit Behinderung.

# VIER MILLIONEN MENSCHEN PROFITIEREN VOM MINDESTLOHN

Kein Stundenlohn mehr unter 8,50 Euro

Seit Januar 2015 profitieren vier Millionen Beschäftigte direkt von der Einführung des Mindestlohns. Das sind mehr als 10 Prozent aller Jobs in Deutschland. Im Durchschnitt erhalten diese Beschäftigten seit Januar 2015 18 Prozent mehr Lohn! Das ist gut für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien. Das ist aber auch gut für die Gesellschaft, denn die Sozialkassen und unser Sozialsystem werden entlastet. Im Vergleich zum Vorjahr mussten 50.000 Menschen weniger ihr Gehalt „aufstocken“ lassen.

Der Mindestlohn fördert Fairness und Anstand auf dem Arbeitsmarkt. Er verhindert, dass Unternehmen über Billiglöhne einen Preiswettbewerb auf Kosten der Arbeitnehmer führen. Er schützt vor Ausbeutung besonders in Branchen, in welchen keine Tarifverträge gelten. Mit dem Mindestlohn ist ein Stundenlohn von 8,50 Euro als Lohnuntergrenze gesetzlich festgeschrieben. Nur wenige Ausnahmen sind gestattet.

In Thüringen sind die Bruttolöhne im Jahr 2015 um 4,2 Prozent gestiegen, im Durchschnitt sind das 105 Euro mehr im Monat. Die Steigerung ist vor allem auf die gestiegenen Stundenlöhne zurückzuführen. Im Vergleich dazu sind die Verbraucherpreise in Thüringen nur um 0,6 Prozent gestiegen. Deutschlandweit bewegt sich der Lohnzuwachs bei geringfügig Beschäftigten und bei ungelernten Arbeitern in diesem Bereich. Beschäftigte in den unteren Lohngruppen profitieren also überdurchschnittlich vom Mindestlohn.

Kritiker des Mindestlohns hatten behauptet, der Mindestlohn würde Jobs vernichten. Das Gegenteil ist eingetreten: Der Mindestlohn hat viele Millionen Jobs besser gemacht.

Der Mindestlohn trägt zur guten Konjunktur in Deutschland bei. Deutschlandweit werden pro Monat 431 Millionen Euro mehr an Bruttolohn ausgezahlt. Eine enorme Stärkung der Kaufkraft. Das Konsumklima ist deshalb so gut wie seit Jahren nicht mehr. Der Mindestlohn wirkt!



## KAMPF GEGEN STEUERHINTERZIEHUNG

Panama-Papiere decken Geldwäsche und Steuertricks auf

„Reiche zahlen keine Steuern!“ Dieser Eindruck drängt sich nach den Enthüllungen der „Panama-Papers“ auf. Briefkastenfirmen in Panama dienen dazu, Unternehmens-Beteiligungen zu verschleiern, Steuern zu vermeiden und illegal oder kriminell erworbenes Geld zu „waschen“. Steuerhinterziehung ist Raub an der Gesellschaft – überall auf der Welt. Das Geld fehlt in allen Ländern für neue Straßen oder Schulen, damit können keine Lehrerinnen und Lehrer bezahlt und keine Gesundheitsversorgung finanziert werden.

Die SPD setzt sich für ein lückenloses Programm gegen Geldwäsche und Steuerbetrug ein. Auf internationaler Ebene ist das Abkommen über die Einführung eines automatischen Informationsaustausches zwischen den Finanzbehörden und die Einrichtung von Unternehmensregistern ein wichtiger Schritt. Seit 2014 haben sich über 90 Staaten diesem Abkommen angeschlossen. Einige Staaten hatten sich bislang verweigert. Nach

der Veröffentlichung der „Panama-Papers“ will sich Panama jetzt dieser Vereinbarung zum Informationsaustausch anschließen. Auf EU-Ebene muss als nächster Schritt die Aufsicht über Briefkastenfirmen in Offshore-Gebieten verschärft werden.

Und national brauchen wir Sanktionen gegen Beihilfe zur Geldwäsche und Steuerhinterziehung. Die CDU blockiert seit 2013 einen vom Bundesrat vorgelegten Vorschlag zum Aufsichtsrecht. Als mögliche Sanktionen müssen der Entzug der Banklizenz und die zivilrechtliche Haftung für Schäden eingeführt werden. Auch ein nationales Transparenzregister und eine Obergrenze für Bargeldzahlungen im Geschäftsverkehr müssen eingerichtet werden.

In Deutschland war Geldwäsche zu lange zu einfach. Seit Jahren vergrößert sich die Schere zwischen Arm und Reich. Diese Entwicklung spaltet die Gesellschaften überall auf der Welt. Mit unseren Vorschlägen sagen wir dieser Entwicklung den Kampf an.



Konkrete Hilfe vor Ort – Die Büros der SPD-Bundestagsabgeordneten

### IRIS GLEICKE

[www.iris-gleicke.de](http://www.iris-gleicke.de)

Wahlkreis: Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen  
Betreuungswahlkreise: Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis II, Gotha – Ilmkreis und Kreis Sonneberg

#### Büro Suhl (Heidrun Sachse):

Würzburger Straße 3, 98529 Suhl

Telefon: (03681) 30 38 59

E-Mail: [iris.gleicke.wk@bundestag.de](mailto:iris.gleicke.wk@bundestag.de)

#### Büro Schmalkalden (Dieter Schmidtke):

Weidebrunner Gasse 8, 98574 Schmalkalden

Telefon: (03683) 46 78 30

E-Mail: [iris.gleicke.wk02@bundestag.de](mailto:iris.gleicke.wk02@bundestag.de)

### STEFFEN-CLAUDIO LEMME

[www.steffen-lemme.de](http://www.steffen-lemme.de)

Wahlkreis: Kyffhäuserkreis – Sömmerda – Weimarer Land I  
Betreuungswahlkreise: Eichsfeld – Nordhausen – Unstrut-Hainich-Kreis I, Kreis Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla-Kreis

#### Büro Sömmerda (Heike Hopfe-Arnold):

Weißenseer Straße 27, 99610 Sömmerda

Telefon: (03634) 31 71 61

E-Mail: [steffen-claudio.lemme.wk@bundestag.de](mailto:steffen-claudio.lemme.wk@bundestag.de)

#### Büro Sondershausen (Anne Bresssem):

Hauptstraße 7, 99706 Sondershausen

Telefon: (03632) 54 28 99

E-Mail: [steffen-claudio.lemme.wk02@bundestag.de](mailto:steffen-claudio.lemme.wk02@bundestag.de)

#### Büro Apolda (Jörg Esser):

Goerdelerstraße 14, 99510 Apolda

Telefon: (03644) 51 44 35

E-Mail: [steffen-claudio.lemme.wk03@bundestag.de](mailto:steffen-claudio.lemme.wk03@bundestag.de)

### CARSTEN SCHNEIDER

[www.carsten-schneider.de](http://www.carsten-schneider.de)

Wahlkreis: Erfurt – Weimar – Weimarer Land II  
Betreuungswahlkreise: Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis und Greiz – Altenburger Land

#### Büro Erfurt (Brita Schweitzberger, Frank Schönemann):

Andreasstraße 30, 99084 Erfurt

Telefon: (0361) 2 66 68 15

E-Mail: [carsten.schneider.wk@bundestag.de](mailto:carsten.schneider.wk@bundestag.de)

#### Büro Weimar (Sven Steinbrück, Peer Bosse):

Graben 11, 99423 Weimar

Telefon: (03643) 7 73 70 00

E-Mail: [carsten.schneider.wk02@bundestag.de](mailto:carsten.schneider.wk02@bundestag.de)

## LÖHNE UND RENTEN STEIGEN

Ostdeutsche Rentner erhalten ab dem 1. Juli 2016 ein deutliches Rentenplus von 5,95 Prozent und damit mehr als ihre westdeutschen Altersgenossen, deren Einkünfte um 4,25 Prozent steigen werden. Der Grund hierfür ist vor allem die positive Lohnentwicklung im Jahr 2015. Die durchschnittlichen Bruttolöhne sind seit Einführung des Mindestlohns in Thüringen um 4,2 Prozent gestiegen, was im Durchschnitt für jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeitnehmer 105 Euro mehr bedeutet.

## THÜRINGEN GIBT WAHLKREIS AB

Thüringen wird einen Bundestagswahlkreis an Bayern abgeben. Grund dafür ist die Bevölkerungsentwicklung in den beiden Bundesländern. Einen faden Beigeschmack behält der Prozess: Nur durch eine Nachprüfung fiel das Los auf den Freistaat, eigentlich sollte das Land Hessen einen Wahlkreis abgeben. Die Vertretung der Thüringer Interessen in Berlin wird durch die Entscheidung erschwert.

## FÖRDERUNG DES BREITBAND-AUSBAUS

Beste Startbedingungen für High-Speed-Internet in der Gemeinde Rhönblick: Das Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur fördert die Planung des Breitbandausbaus mit einem Startvolumen von 50.000 Euro. Der Betrag soll für wichtige erste Konzeptionen und die Erstellung von Antragsunterlagen genutzt werden. Damit hat die Gemeinde gute Chancen, später von weiteren Zuschüssen in Höhe von bis zu 15 Millionen Euro zu profitieren.

## GELD FÜR BILDUNG UND KULTUR

Aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sport-Jugend- und Kultureinrichtungen“ erhält Bad Frankenhausen für das Kyffhäuser-Gymnasium 4 Millionen Euro und Greiz 1,2 Millionen Euro für eine Begegnungsstätte im Gründerhaus. Bundesweit gab es 960 Bewerbungen für die 140 Millionen Euro Bundesmittel. Der Freistaat wurde damit bei dem Programm überdurchschnittlich berücksichtigt.

## NEUER BUNDESVERKEHRSWEGEPLAN

38 Projekte stehen für Thüringen auf der Projektliste des neuen Bundesverkehrswegeplans im Vordringlichen Bedarf, darunter die B 247 um Mühlhausen, Höngeda, Großengottern und Kallmerode, die Ortsumfahrungen Greußen, Weimar-Ost und Meiningen. Bis 2030 sollen diese Projekte fertig gestellt werden. Seit dem 21. März läuft eine sechswöchige öffentliche Beteiligungsphase zum neuen Bundesverkehrswegeplan. Danach folgen der Kabinettsbeschluss und die parlamentarischen Beratungen.